



Rede

28.06.2012 – [Martina Bunge](#)

Gute Versorgung vor Ort statt Arzneimittelfälschungen und irreführender Werbung

Rede im Deutschen Bundestag zum Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung arzneimittelrechtlicher und anderer Vorschriften (17/9341) und dem Antrag der Fraktion DIE LINE zur Begrenzung des Versandhandels auf rezeptfreie Arzneimittel (17/9556)

vorläufiger Redetext - wird durch gesprochene Rede ersetzt.

Sehr geehrter Herr Präsident,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

Arzneimittel sind keine normalen Konsumgüter
und Patientinnen und Patienten sind keine Kundinnen und Kunden
– darin müssten wir uns doch wohl einig.

Daher ist Arzneimittelwerbung immer ein heikles Thema,
das zurecht viel Aufmerksamkeit findet.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass der Versuch der europäischen Kommission,
das Werbungsverbot für rezeptpflichtige Arzneimittel de facto abzuschaffen, gescheitert ist
und auch der unselige Kompromissvorschlag vermutlich gestoppt wird.
Daran hat die Bundesregierung ihren Anteil, auch das darf mal gesagt werden.

Umso unverständlicher ist es, dass sie nichts unternommen hat,
um die so wichtigen Werbebeschränkungen für rezeptfreie Arzneimittel in Deutschland zu
erhalten.

Das deutsche Heilmittelwerbegesetz ist hier klar besser als die europäische Richtlinie.
Und als nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes 2007 klar war,
dass die Bundesregierung handeln muss,
hat sie fünf lange Jahre verstreichen lassen und gar nichts getan.

Die EU-Richtlinie war doch sowieso in Überarbeitung,
warum haben Sie denn im Rat keine Initiative gestartet,
diese Richtlinie mindestens in Richtung der deutschen Regelungen anzupassen?
Nein, Sie können sich nach so langer Zeit nicht mehr hinter dem Umsetzungsdruck
verstecken.

Ich fordere Sie auf, klar zu sagen, was Sie politisch wollen und sich erkennbar in Europa
dafür einzusetzen!

Und wenn Sie für gute und objektive Information der Bevölkerung stehen
und gegen eine Ausweitung irreführender Werbung,
kämpfen wir gerne mit Ihnen gemeinsam.

Aber dieses Gesetz offenbart, wo Sie hinwollen:

Sie öffnen Tür und Tor für die Desinformation der Menschen, die auf Hilfe durch
Arzneimittel hoffen.

Wenn

- mit Studien geworben wird, die niemand nachprüfen kann,
- mit angeblichen Experten geworben wird, deren Sachkenntnis niemand belegen muss,
- mit wichtig-tuenden Menschen in weißen Kitteln geworben,

dann dient das nicht der Information, sondern ausschließlich der Umsatzmaximierung.
Das werden wir auf keinen Fall mittragen!

Einen Schwerpunkt des Gesetzes bilden auch Regeln, die eingeführt werden, um Fälschungen in der deutschen Handelskette verhindern sollen. Dieses Ziel teilen wir sicher auch alle, doch mit welchen Mitteln soll das erreicht werden? Jede einzelne Packung soll beim Hersteller eine Nummer bekommen. Diese Nummern werden zentral gespeichert und die Apotheke trägt diese Nummer bei der Abgabe wieder aus. Das klingt trivial, ist aber in Wirklichkeit mal wieder ein technologisches Großprojekt, das die EU mit bis zu 9 Milliarden Euro veranschlagt. Wie viele Fälschungen gab es denn im legalen Handel? Die Statistik sagt: Fast keine. So gut wie alle Fälschungen kommen aus dem illegalen Online-Handel und dagegen richten Sie mit den 9 Milliarden gar nichts aus!

Wir als Linke haben wegen dieser Ausgangslage - in Übereinstimmung mit dem Bundesrat - beantragt, den Versandhandel so weit wie möglich zu beschränken. Wir wollen, dass klar ist: Arzneimittelsicherheit und Internethandel kann man nicht zusammenbringen!

- Es gibt keinen Weg, legale Versandapotheken von illegalen für die Menschen deutlich unterscheidbar zu machen.
- Es gibt keinen Weg, eine gute Betreuung online zu gewährleisten.
- Es gibt keinen Weg, die vollkommen unangemessenen Abholstellen, z.B. in Tankstellen zu verbieten.
- Und offenbar finden Sie auch keinen Weg, endlich faire Wettbewerbsbedingungen mit ausländischen Versandapotheken zu gewährleisten.

Ich fordere Sie auf, mit uns für eine effektive Bekämpfung von Fälschungen durch eine transparente und schlanke Handelskette einzutreten, statt Milliarden zu verpulvern, die letztlich wieder einmal die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler bezahlen müssen. Die von uns geforderte Beschränkung des Versandhandels ist der richtige Weg. Haben Sie den Mut dafür zu stimmen, Ihre Kolleginnen und Kollegen in den Ländern hatten ihn auch.

Quelle: <http://www.linksfraktion.de/reden/gute-versorgung-ort-statt-arzneimittelfaelschungen-irrefuehrender-werbung/>